



# Datenschutz in Schulen

Fortbildungsveranstaltung 07.11.2018

Norbert Scharf

- Referat 2 -



# Veranstaltung

# Agenda

- Vorstellung
- Datenschutz im Überblick
- Datenschutzrecht in Schulen
- Technisch-organisatorischer Datenschutz
- Datenschutz im Schulalltag



# Vorstellung

#### Dienststelle



# Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen



Art 62 NV

#### Person

vom Landtag für 8 Jahre gewählt; zugl. Leiterin der gleichnamigen Behörde

**Barbara Thiel** 



Aufgaben

#### Behörde

unabhängige oberste Landesbehörde zugl. Aufsichtsbehörde

nach § 40 BDSG und Art. 51 DS-GVO



öffentlichen Stellen

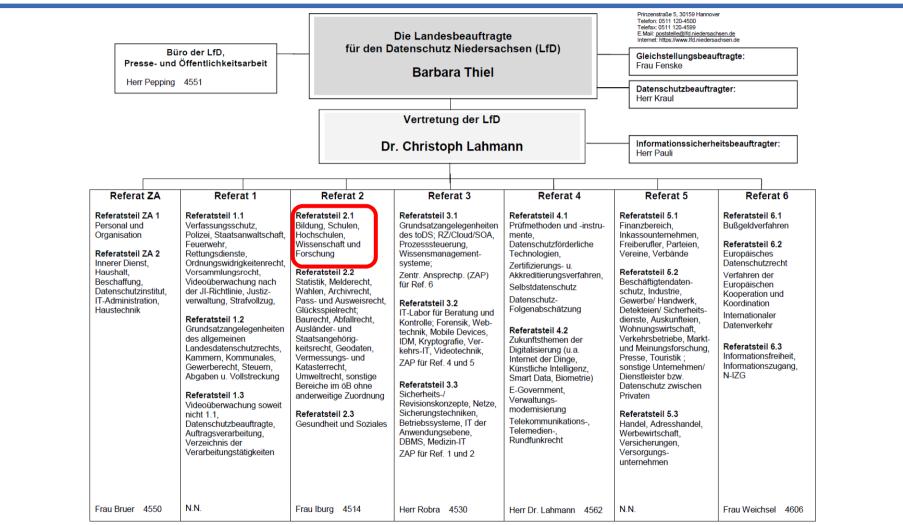
Unternehmen der Wirtschaft, Vereine, Verbände





# Vorstellung

# Organisationsplan



Stand: 15.09.2018





# **Wichtige Eckpunkte**

- 1983: Volkszählungsurteil des BVerfG
  - Recht auf informationelle Selbstbestimmung
  - Einschränkungen durch Gesetz im Allgemeininteresse
  - Normenklarheit, Transparenz, Verhältnismäßigkeit
  - → Verbot mit Erlaubnisvorbehalt
- BDSG / NDSG
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union
  - Art. 8: Schutz personenbezogener Daten
- Europäische Datenschutzrichtlinie → Datenschutz-Grundverordnung



# Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

**Geltung** seit 25.05.2018

- **Ziel**: Harmonisierung des Datenschutzrechts in der EU
- **Unmittelbar** geltendes Recht
- Aber: Öffnungsklauseln für den Gesetzgeber, z. B.:
  - Art. 6 Abs. 2 und 3: personenbezogene Daten, Verarbeitung im öffentlichen Interesse
  - Art. 9: sensitive Daten, Verarbeitung im <u>erheblichen</u> öffentlichen Interesse (z. B. zur Gesundheitsdaten, Religionszugehörigkeit)
  - Art. 23: Beschränkungen der Betroffenenrechte
  - Art. 88: Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext
  - → Anpassung des Landesrechts → u. a. NDSG neu





# Die Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) ist gegliedert in:

Kapitel I: Allgemeine Bestimmungen (Art. 1 ff)

Kapitel II: Grundsätze (Art. 5 ff.)

Kapitel III: Rechte der Betroffenen (Art. 12 ff.)

Kapitel IV: Verantwortlicher und Auftragsverarbeiter (Art. 24 ff.)

Kapitel V: Ubermittlung an Drittländer oder int. Org. (Art. 44 ff.)

Kapitel VI: Unabhängige Aufsichtsbehörden (Art. 51 ff)

Kapitel VII: Zusammenarbeit und Kohärenz (Art. 60 ff.)

Kapitel VIII: Rechtsbehelfe, Haftung und Sanktionen (Art. 77 ff)

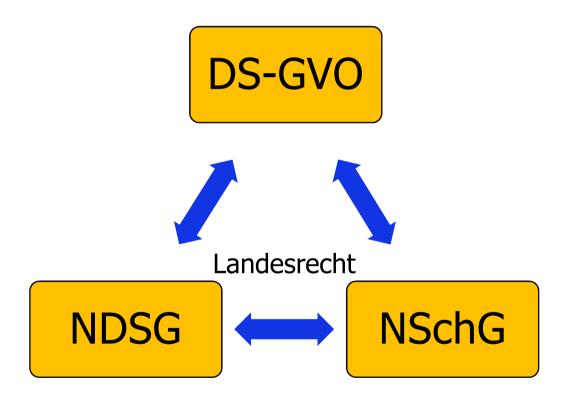
Kapitel IX: Besondere Verarbeitungssituationen (Art. 85 ff.) → Art 88, Personaldaten

Kapitel X: Delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte (Art. 92 ff.)

Kapitel XI: Schlussbestimmungen (Art. 94 ff)



# Welche Vorschriften gelten für die Schulen?



Spezialitätsgrundsatz!





Für die Beurteilung von datenschutzrechtlichen Bestimmungen in der Schule ist zwischen mehreren Gruppen zu unterscheiden:

- 1. Verarbeitung von personenbezogenen Daten der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Erziehungsberechtigten
- 2. Verarbeitung von personenbezogenen Daten der **Kinder in Kindergärten**
- 3. Verarbeitung von personenbezogenen Daten der Lehrkräfte.
- 4. BBS: zusätzlich personenbezogene Daten aus den Betrieben



#### Verarbeitung personenbezogener Daten der Schüler und Eltern

Gem. § 31 Abs. 1 Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG) dürfen

- Schulen, Schulbehörden, Schulträger,
- Schüler- und Elternvertretungen

personenbezogene Daten der Schülerinnen und Schüler und ihrer Erziehungsberechtigten verarbeiten, soweit dies

- zur Erfüllung des Bildungsauftrages der Schule (§ 2),
- der Fürsorgeaufgaben,
- zur Erziehung oder Förderung der Schülerinnen und Schüler sowie
- zur Erforschung oder Entwicklung der Schulqualität

erforderlich ist.





#### Definition der personenbezogenen Daten in Art. 4 Nr. 1 DS-GVO:

#### alle Informationen einer

- identifizierten oder
- identifizierbaren natürlichen Person.

Informationen über Schülerinnen und Schüler sind z. B.:

Name, Anschrift, Geburtsdatum, Konfession, Schulnoten etc.

Informationen über **Lehrkräfte** sind z. B.:

Name, Anschrift, Geburtsdatum, Rufnummer, Beförderungen etc.



# Verarbeitungsbegriff

#### Definition der **Datenverarbeitung** in **Art. 4 Nr. 2 DS-GVO**. Sie umfasst:

• Erheben, Erfassen, Organisieren, Ordnen (= Beschaffen),

• Speichern (= Aufbewahren)

Anpassen, Verändern (= Inhaltlich umgestalten),

Nutzen (= jede sonstige Verwendung),

• Übermitteln (= Weitergeben),

• Löschen (= Unkenntlich machen) und

• Einschränkung (= Sperren)

personenbezogener Daten.



**Gem. § 31 Abs. 4 NSchG** dürfen Schulen auch personenbezogene Daten von Kindern in Kindergärten und deren Erziehungsberechtigten (§ 55 Abs. 1 NSchG) verarbeiten.

Voraussetzung dafür ist, dass die Daten

- in den Kindergärten bei der Wahrnehmung vorschulischer Förderaufgaben erhoben und an die Schulen übermittelt werden und
- die Verarbeitung zur Erziehung oder Förderung der Kinder in der Schule erforderlich ist.





# personenbezogene Daten der Lehrkräfte

#### **Personaldaten**

DV zulässig nach

- § 88 Abs. 1 NBG
- § 31 Abs. 5 NSchG insbes.: erforderlich zu org. 7wecken

# **Personal**aktendaten

DV zulässig nach

- § 50 Satz 2 BeamtStG
- §§ 88 Abs. 2 ff NBG nur für Personalverwaltung oder bei Einwilligung

# → Beispiele:

- Name
- dienstliche Adresse / E-Mail
- dienstliche Telefonnummer

# → Beispiele:

- private Telefonnummer
- private Adresse / E-Mail
- Beförderungen
- Lehrgänge

! Mitbestimmung nach § 67 NPersVG beachten !





#### personenbezogene Daten aus den Ausbildungsbetrieben

BBiG beschreibt duale Ausbildung

fordert Zusammenarbeit zwischen BBS und Betrieb

Aber: keine Rechtsgrundlage für Datenverarbeitung

→ Daten der für die Ausbildung verantwortlichen Personen in den Betrieben dürfen in der BBS nur mit Einwilligung der Betroffenen verarbeitet werden (Abfrage in der Anmeldung?).





# Einwilligung

#### **Definition: Art. 4 Nr. 11 DS-GVO**

- Freiwilligkeit (ohne Druck, ohne Zwang)
- konkreter Bezug auf bestimmten Fall
- ausdrücklich und informiert
- Nachweisbarkeit
- Widerrufbarkeit, Art. 7 Abs. 3 DS-GVO

#### Ausnahme EG 43:

- keine Einwilligung in Fällen eines klaren Ungleichgewichts



#### Die Rechte der Betroffenen

# (Art. 12 - 22 DS-GVO)

Transparenz	(Art. 12 DS-GVO)
Information über Erhebung	(Art. 13 u. 14 DS-GVO)
Auskunft, Akteneinsicht	(Art. 15 DS-GVO)
Berichtigung	(Art. 16 DS-GVO)
Löschung	(Art. 17 DS-GVO)
Sperrung	(Art. 18 DS-GVO)
Information über Änderung	(Art. 19 DS-GVO)
Übertragbarkeit	(Art. 20 DS-GVO)
Widerspruch	(Art. 21 DS-GVO)

Beschränkungsmöglichkeit durch §§ 8-10 NDSG

(u. a. nationale Sicherheit, wichtige Ziele des allgemeinen öffentlichen Interesses)



**RECHT AUF** 



#### Weitere Rechte der Betroffenen

 Anrufung der behördlichen Datenschutzbeauftragten (Art. 38 Abs. 4 DS-GVO)



Beschwerde bei der LfD

(Art. 77 Abs. 1 DS-GVO)

> Schadensersatz

(Art. 82 DS-GVO)



# Grundsätze der Datenverarbeitung

# Art. 5 Abs. 1 DS-GVO: Verarbeitungsgrundsätze:

- Rechtmäßigkeit
- Verarbeitung nach Treu und Glauben
- Transparenz
- Zweckbindung
- Datenminimierung
- Richtigkeit
- Speicherbegrenzung
- Integrität und Vertraulichkeit

# Art. 5 Abs. 2 DS-GVO: Rechenschaftspflicht des Verantwortlichen

→ Nachweis- und Dokumentationspflichten

#### Bei Verstößen:

- Aufsichtsbehördliche Maßnahmen nach Art. 58 Abs. 2 DS-GVO
- Ggf. Sanktionen (Art. 83 Abs. 7 DS-GVO)





# Datenschutzbeauftragte an Schulen

#### **Art. 37 DS-GVO: Benennung**

- Abs. 1: Benennungspflicht für Behörden
- berufliche qualifiziert und sachkundig

#### Art. 38 DS-GVO: Stellung

- Frühzeitige Einbindung, Unterstützung, Ressourcen
- Weisungsfreiheit, Benachteiligungsverbot
- Verschwiegenheitspflicht, Vermeidung von Interessenkollisionen

# Art. 39 DS-GVO: Aufgaben

- Unterrichtung und Beratung des Verantwortlichen
- Überwachung der Einhaltung der DS-GVO und sonstiger DS-Vorschriften sowie der internen Datenschutzstrategien
- Zusammenarbeit mit Aufsichtsbehörde
- weitere Aufgabenübertragungen möglich, sofern keine Interessenkollision mit Kontrollpflicht
- → Zentrale Aufgabe liegt in Kontrolle und Beratung; Umsetzungspflicht bei der (Schul-)Leitung





# Meldung von Datenschutzverstößen

Art. 33 Abs. 1 DS-GVO: Meldepflicht des Verantwortlichen an die Aufsichtsbehörde

- Zeitpunkt: Unverzüglich, möglichst binnen 72 Std. ab Bekanntwerden
- Abs. 3: Inhalt der Meldung
- Ausnahme: voraussichtlich kein Risiko für Rechte und Freiheiten
- Abs. 5: Dokumentationspflicht

**Art. 33 Abs. 2 DS-GVO:** Meldepflicht des **Auftragsverarbeiters** an den Verantwortlichen (Empfehlung: entspr. Hinweis in AV-Vertrag aufnehmen)

Art. 34 DS-GVO: Benachrichtigungspflicht des Verantwortlichen an die betroffene Person

- Vorauss. gem. Abs. 1: hohes Risiko für Rechte und Freiheiten
- Zeitpunkt: unverzüglich
- Inhalt gem. Abs. 2
- Ausnahmen gem. Abs. 3: z.B. techn.-org. Sicherheitsvorkehrungen getroffen





# Auftragsverarbeitung

- "Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag des Verantwortlichen",
   (Art. 4 Nr. 8 DS-GVO)
- Abgrenzung zur Funktionsübertragung: Weisungsgebundenheit
- AV ist kein "Dritter" iSd Art. 4 Nr. 10 DS-GVO → Privilegierung der AVerarb. bleibt

#### Art. 28 DS-GVO:

- Abs. 1: Eignung des AV
- Abs. 3: Vertragliche Regelung nötig
  - → Mindestinhalt: Gegenstand, Dauer, Art und Zweck der DV, Art der pb Daten, betroffene Personen, Rechte und Pflichten des Verantwortlichen, Pflichten des AV (insbes. Weisungsgebundenheit, Vertraulichkeit, toMs, Maßnahmen nach Art. 32)
- Abs. 2: Subunternehmer-Einsatz nur mit schriftlicher Genehmigung
- Haftung: Art. 82 DS-GVO
  - Abs. 2: Grundsätzliche Haftung des Verantwortlichen
  - Abs. 3: Ausnahme: Verstöße des AV gegen Weisung oder DS-GVO
- → Wichtig: bestehende AV-Verträge anpassen!





# Unterscheidung Recht / Technik

Datenschutz rechtlich

Verarbeitung p.-b. Daten rechtlich zulässig?

Darf ich überhaupt verarbeiten?

Datenschutz techn.-org.

Verarbeitung p.-b. Daten techn.-org. sicher gestaltet?

Wie oder unter welchen Bedingungen?



# **Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)**

Art. 24	technische und organisatorische Maßnahmen
Art. 25	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen
Art. 30	Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten

Sicherheit der Verarbeitung

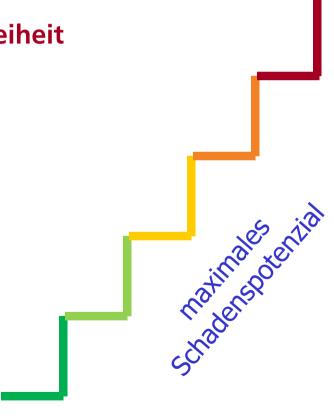
**Art. 35 Datenschutz-Folgenabschätzung** 

Art. 32



# Schutzstufenkonzept Niedersachsen

- E Gefährdung für Leben oder Freiheit
- D Gefährdung der Existenz
- **C Gefährdung des Ansehens**
- **B** geringe Beeinträchtigung
- A frei zugängliche Daten





#### Art. 30 DS-GVO

Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten

Jeder **Verantwortliche** und gegebenenfalls sein Vertreter führen ein **Verzeichnis aller Verarbeitungstätigkeiten**, die ihrer Zuständigkeit unterliegen. Dieses Verzeichnis enthält sämtliche folgenden Angaben:

- a) den Namen und die Kontaktdaten der Verantwortlichen sowie des Datenschutzbeauftragten;
- b) die Zwecke der Verarbeitung;
- c) die Kategorien betroffener Personen und die Kategorien personenbezogener Daten;
- d) die Kategorien von Empfängern,
- e) gegebenenfalls Übermittlungen von personenbezogenen Daten an ein Drittland
- f) die vorgesehenen Fristen für die Löschung
- g) eine allgemeine Beschreibung der technischen und organisatorischen Maßnahmen.





Datenschutz-Folgenabschätzung I

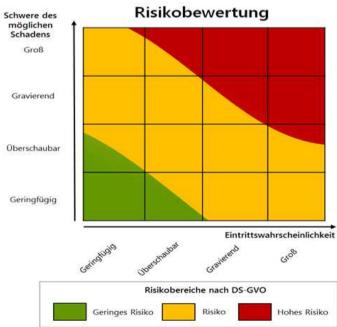
#### Art. 35 DS-GVO

1. Hat eine **Form der Verarbeitung**, insbesondere bei Verwendung **neuer Technologien**, aufgrund der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung voraussichtlich ein **hohes Risiko** für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge, so führt der Verantwortliche vorab eine Abschätzung der Folgen der vorgesehenen Verarbeitungsvorgänge für den Schutz personenbezogener Daten durch.

Schwere des Risikobewertung

Risikoermittlung anhand von Schadensschwere und Fintrittswahrscheinlichkeit

2. Der Verantwortliche holt bei der Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung den Rat des Datenschutzbeauftragten ein.







Datenschutz-Folgenabschätzung II

Art. 35 Abs. 7 DS-GVO Inhalt der "Datenschutz-Folgenabschätzung"

Die Folgenabschätzung enthält zumindest Folgendes:

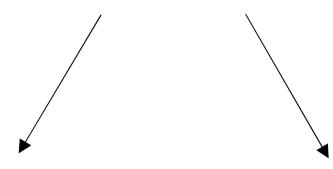
- a) eine systematische **Beschreibung** der geplanten Verarbeitungsvorgänge und der Zwecke der Verarbeitung;
- b) eine **Bewertung** der **Notwendigkeit** und **Verhältnismäßigkeit** der Verarbeitungsvorgänge in Bezug auf den Zweck;
- c) eine **Bewertung** der **Risiken** für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen gemäß Absatz 1;
- d) die zur Bewältigung der Risiken geplanten Abhilfemaßnahmen.





# **Datenschutz im Schulalltag**

# Veröffentlichung von Bildern oder Filmen (auf der Homepage)



#### Lehrkräfte

- BeamtStG, NBG (idR unzulässig)
- Einwilligung (freiwillig?)

#### Schülerinnen und Schüler

- § 31 NSchG (idR unzulässig, weil nicht erforderlich)
- Einwilligung (freiwillig ?)





# **Datenschutz im Schulalltag**

# Austausch von Leistungsdaten und Fehlzeiten

#### **Datenübermittlung an Dritte**

→ Einwilligung erforderlich
Schriftlich durch die Schülerinnen und Schüler
sowie ggf. durch die Erziehungsberechtigten (freiwillig?)

#### → Alternativen

- Bestandteil des Ausbildungsvertrages (Nachweis durch Ausbildungsbetrieb)
- Vertragliche Verpflichtung des Azubi zur Mitteilung an den Betrieb (mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen bei Verstoß

  – keine Datenübermittlung durch die Schule)





# **Datenschutz im Schulalltag**

# Videoüberwachung in Schulen

# Rechtsgrundlage: § 14 NDSG

- Ort: öffentlich zugängliche Räume
- Erforderlichkeit: im öffentlichen Interesse liegende Aufgabe, insbesondere
  - Schutz von Personen und Sachen,
  - Hausrecht

Rechtsgüterabwägung: Keine Anhaltspunkte für ein Überwiegen schutzwürdiger

Interessen der Betroffenen

§ 62 NSchG: Persönliche Aufsichtspflicht, daher Videoüberwachung



Während der Schulzeit

idR unzulässig



Außerhalb der Schulzeit

idR zulässig

#### **Daneben zu beachten:**

- Datenschutz-Folgenabschätzung
- Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten
- technisch-organisatorische Schutzmaßnahmen
- Löschungsfristen festlegen
- Hinweisbeschilderung
- Beteiligung bDSB

